

Bekanntmachung

über Käse vom 13. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Für den Verkauf von Käse werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

	Hersteller- preis für 50 kg in Mark	Laden- preis für 0,5 kg in Mark
I. Hartkäse.		
1. Bestter, gespeicherter, wenigstens 3 Monate alter Rindkäse nach Emmentaler Art mit einem Fettgehalte von wenigstens 40 vom Hundert der Trockenmasse	110	1,60
2. Emmentaler Ausback, sowie Käse nach Schweizer Art mit einem Fettgehalte von weniger als 40, aber von wenigstens 30 vom Hundert der Trockenmasse	100	1,50
3. Tilsiter, Elbinger, Bismarckkäse, Käse nach Holländer (Gouda, Edamer) Art und anderer Hartkäse mit einem Fettgehalte von wenigstens 40 vom Hundert der Trockenmasse	110	1,40
4. Tilsiter, Elbinger, Bismarckkäse, Käse nach Holländer (Gouda, Edamer) Art und anderer Hartkäse mit einem Fettgehalte von weniger als 40, aber von wenigstens 20 vom Hundert der Trockenmasse	80	1,10
5. Hartkäse mit einem Fettgehalte von weniger als 20 vom Hundert der Trockenmasse	60	0,80

II. Weichkäse.

1. Weichkäse nach Camembert, Brie, Neuschaffeler, Münster Art mit einem Fettgehalte von wenigstens 50 vom Hundert der Trockenmasse	120	1,50
2. Weichkäse nach Camembert, Brie, Neuschaffeler, Münster Art mit einem Fettgehalte von weniger als 50, aber von wenigstens 40 vom Hundert der Trockenmasse	100	1,30
3. Weichkäse mit einem Fettgehalte von wenigstens 40 vom Hundert der Trockenmasse (Limburger, Romadur und ähnlicher Käse) in Stücken von 60 oder 120 Gramm verpackt (Frühstücks- oder Dessertkäse)	75	1,10
4. Weichkäse mit einem Fettgehalte von wenigstens 15 vom Hundert der Trockenmasse in Stücken von 60 oder 120 Gramm verpackt (Frühstücks- oder Dessertkäse)	85	1,20
5. Weichkäse mit einem Fettgehalte von wenigstens 15 vom Hundert der Trockenmasse	45	0,80
6. Weichkäse mit einem Fettgehalte von weniger als 15 vom Hundert der Trockenmasse	55	0,90
7. Weichkäse mit einem Fettgehalte von weniger als 15 vom Hundert der Trockenmasse	40	0,60

III. Quark und Quarkkäse.

1. Gepresster Mollereiquark (Rohstoff für Quarkkäse)	30	—
2. Speisequark mit einem Wassergehalte von höchstens 75 vom Hundert	35	0,50
3. Frischer Quarkkäse (Harzer, Spitz, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse)	45	0,70
4. Ausgereifter Quarkkäse (Harzer, Spitz, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse)	55	0,80

Herstellerpreis ist der Preis, der, abgesehen von den Fällen des Abs. 3, beim Verkaufe durch den Hersteller nicht überschritten werden darf. Er schließt die Kosten der handelsüblichen Verpackung, der Beförderung zur nächsten Verladestelle des Herstellungsortes und der Verladung ein. Wird der Kaufpreis länger als 30 Tage gestundet, so darf ein Zuschlag bis zu zwei vom Hundert Jahreszinsen über Reichsbankdiskont gefordert werden.

Ladenpreis ist der Preis, der beim Verkauf in Mengen bis zu 5 Kilogramm einschließlich durch den Hersteller oder den Händler an den Verbraucher nicht überschritten werden darf.

§ 2. Der Reichskanzler kann zur Berücksichtigung veränderter Gestehungskosten die Höchstpreise nach Anhörung von Sachverständigen abändern.

§ 3. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können zur Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Abweichungen von den Höchstpreisen für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirkes anordnen. Zu Abweichungen nach oben ist die Zustimmung des Reichskanzlers erforderlich.

Sie können innerhalb der für die einzelne Käseart festgesetzten Höchstpreise besondere Höchstpreise für einzelne Käseorten festsetzen. Bei Verdrängung der Preise am Orte der landwirtschaftlichen

oder gewerblichen Niederlassung oder am Wohnort des Käufers und des Verkäufers sind die für den Ort der landwirtschaftlichen oder gewerblichen Niederlassung oder den Wohnort des Verkäufers geltenden Preise maßgebend.

§ 4. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können für den Verkauf durch den Handel, abgesehen von den Fällen des § 1 Abs. 3, Zuschläge zum Herstellerpreis festsetzen.

§ 5. Die Verstellung von anderem Käse als dem, für den im § 1 Höchstpreise festgesetzt sind, ist verboten.

Dies gilt nicht für Kräuterkäse und für Käse nach Roquefort-Art. Die Landeszentralbehörden können weitere Einschränkungen der Erzeugung hinsichtlich der Käseorten und der Herstellungsmengen der einzelnen Käseorten treffen.

§ 6. Die Vorschriften der Verordnung finden keine Anwendung auf Käse, der im Ausland hergestellt ist.

Der Reichskanzler kann Bestimmungen über den Verkehr mit diesem Käse treffen. Soweit er von dieser Befugnis keinen Gebrauch macht, können die Landeszentralbehörden Bestimmungen über den Vertrieb und die Preisstellung dieser Käse im Kleinhandel treffen. Dabei kann bestimmt werden, daß Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden.

§ 7. Die Beamten der Polizei und die von der Polizei beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Geschäftsräume, in denen Käse hergestellt, gelagert oder verkauft wird, jederzeit einzutreten, daselbst Beschäftigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und nach ihrer Auswahl Proben zur Untersuchung gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen.

Die Unternehmer und Leiter von Betrieben, in denen Käse hergestellt oder verkauft wird, sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse und über die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe, insbesondere auch über deren Menge und Herkunft zu erteilen.

§ 8. Die Sachverständigen sind vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Geheimbrüchigkeiten verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, welche durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 9. Die Unternehmer von Betrieben, in denen Käse hergestellt oder verkauft wird, haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Betriebs- und Verkaufsräumen auszuhängen.

§ 10. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie können bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden.

§ 11. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 12. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft:

1. wer den Vorschriften des § 5 Abs. 1, § 7 Abs. 2 oder den nach § 5 Abs. 3 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
2. wer der Vorschrift des § 8 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält;
3. wer den im § 9 vorgeschriebenen Aushang unterläßt.

Im Falle der Nr. 2 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

§ 13. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die dazu erlassenen Bestimmungen auferlegt sind.

Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

§ 14. Die Höchstpreise dieser Verordnung und die auf Grund dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) und vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603).

Die Verordnung, betreffend Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge, vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 758) findet auf Verträge über Lieferung von Käse entsprechende Anwendung; die nach § 2 Abs. 2 Satz 2 dem Verkäufer von Milch und Butter zustehende Befugnis, das Schiedsgericht anzurufen, steht auch dem Verkäufer von Käse zu.

§ 15. Diese Verordnung tritt mit dem 21. Januar 1916 in

Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertraktens.

Berlin, den 13. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers
Delbrück.

Bekanntmachung

über Käse. Vom 18. Januar 1916.

Im Sinne der Verordnung des Bundesrats vom 13. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 31) ist anzusehen als zuständige Behörde das Kreisamt, als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuß. Darmstadt, den 18. Januar 1916. Großherzogliches Ministerium des Innern. v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung

betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken vom 6. Januar 1916 (R. G. Bl. S. 3).

Auf Grund des § 3 der Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken vom 6. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 3) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Der Reichskanzler stellt monatlich die Mengen und Arten pflanzlicher und tierischer Öle und Fette fest, deren Verarbeitung oder sonstige Verwendung zur Herstellung von Seife oder Leder jeder Art gestattet wird.

Die Verteilung dieser Mengen auf die einzelnen Betriebe erfolgt durch den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, Berlin W. 8, Französische Straße 65, und zwar hinsichtlich der Leder herstellenden Betriebe durch Vermittelung der Kriegslieber-Aktiengesellschaft, Berlin W. 8, Behrenstraße 46, und hinsichtlich der Seifenfabriken durch Vermittelung der Kriegsabrechnungsstelle der Seifen- und Stearinfabriken, Berlin W. 8, Französische Straße 65.

Anträge sind unter Angabe der vorhandenen Bestände an pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten an die genannten Vermittelungsstellen zu richten.

§ 2. Bis zum 31. Januar 1916 ist zur Herstellung von Leder jeder Art die Verarbeitung oder sonstige Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten, zur Herstellung von Seife die Verarbeitung von Palmöl, Sulfuröl, Abfallöl, Delfay und Tränen mit Ausnahme von Lampenmedizinaltran, Waltran O 1 und 2 allgemein gestattet.

Berlin, den 10. Januar 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Müller.

Bestimmungen

zur Ausführung der Verordnung des Bundesrats über Öle und Fette vom 8. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 735). Vom 11. Januar 1916.

Auf Grund des § 4 Abs. 1 und des § 5 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über Öle und Fette vom 8. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 735) wird folgendes bestimmt:

I.

Verlangt der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette gemäß § 4 Abs. 1 der Verordnung des Bundesrats über Öle und Fette vom 8. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 735) die Ueberlassung und Verladung von Ölen und Fetten, so hat die Verladung an die vom Kriegsausschuß bezeichneten Lager unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Kriegsausschusses und unter vorheriger oder gleichzeitiger Ueberreichung der Rechnungen, der Verfügungsscheine und sonstigen Urkunden an ihn zu erfolgen. Auf Verlangen des Kriegsausschusses ist die Beschaffenheit der Ware durch Entnahme von Proben festzustellen.

II.

Die Vergütung, die der Verpflichtete nach § 5 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über Öle und Fette vom 8. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 735) für die Aufbewahrung und pflegerische Behandlung vom Zeitpunkt des Gefahrüberganges zu erhalten hat, wird auf 0,10 Mark für jede angefangene Woche und für je 100 Kilogramm Rohgewicht festgesetzt. Die pflegerische Behandlung schließt die notwendige Verböhtterung ein.

III.

Die nach § 5 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über Öle und Fette vom 8. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 735) zu treffenden Feststellungen über den Zustand der Öle und Fette im Zeitpunkte des Gefahrüberganges haben zu enthalten:

1. die Feststellung des Zustandes der Verpackung,
2. die Feststellung der Beschaffenheit der Ware durch Entnahme von Proben. Dabei ist in den Fällen, in denen der Kriegsausschuß nach Artikel I die Feststellung der Beschaffenheit der Ware durch Entnahme von Proben bereits früher verlangt hatte, besonders festzustellen, ob die zuerst festgestellte Beschaffenheit der Ware eine Veränderung erfahren hat, und eine etwaige Veränderung dem Kriegsausschuß unverzüglich anzuzeigen.

IV.

Die Entnahme von Proben hat in Mengen von je 1/4 Kilogramm zu erfolgen, daß sie dem Durchschnittsinhalt des Fasses entsprechen. Kommen für einen Fassen mehrere Fässer in Betracht, so kann von jedem Fasse eine Probe in der gleichen Weise verlangt werden.

Die Proben sind unter Bezeichnung der Ware und des Fassens mit der dem Kriegsausschuß mitgeteilten näheren Bezeichnung zu versehen, zu versiegeln und aufzubewahren. Die Proben sind dem Kriegsausschuß auf Verlangen einzusenden.

Berlin, den 11. Januar 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

Bekanntmachung

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw. sowie von anderen Gegenständen des Kriegsbedarfes usw., bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von:

Dolchschnen.

Berlin, den 16. Januar 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

einer Aenderung der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Brotgetreide vom 23. Juli 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 458). Vom 17. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) folgende Bekanntmachung erlassen:

Artikel I.

In der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Brotgetreide vom 23. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 458) werden folgende Aenderungen vorgenommen:

1. § 4 erhält folgende Fassung: „Die Höchstpreise gelten nicht für Winteraartgetreide bis zum 18. Januar 1916, für Sommeraartgetreide bis zum 15. Mai 1916. Als Saattgetreide im Sinne dieser Bekanntmachung gilt Saattgetreide, das nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkaufe von Saattgetreide befaßt haben.“
2. § 5 erhält folgende Fassung: „Die Höchstpreise der §§ 1, 2 erhöhen sich am 18. Januar 1916 um 14 Mark, ferner am 1. Februar, am 15. Februar, am 1. März und am 15. März 1916 weiter um je 1 Mark für die Tonne. Vom 1. April 1916 ab gelten die Höchstpreise der §§ 1, 2.“
3. Dem § 7 wird als Absatz 3 angefügt: „Die Kommunalverbände und die Reichsgetreidebörse sind bei Abgabe von Brotgetreide zu Saattzwecken an die Höchstpreise nicht gebunden.“

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Bekanntmachung

über die Einfuhr von Salzheringen. — Vom 17. Januar 1916. Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Salzheringe, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern.

§ 2. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für die Lieferung festsetzen und erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft und daß die Salzheringe, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 3. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen. Er kann Vorschriften über die Durchfuhr von Salzheringen erlassen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertraktens.

Berlin, den 17. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Bekanntmachung

über Brotgetreide. — Vom 17. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Besitzer von beschlagnahmtem Brotgetreide können das Getreide, sobald es ausgedroschen ist, dem Kommunalverbande, zu dessen Gunsten es beschlagnahmt ist, jederzeit zur Verfügung stellen. Der Kommunalverband hat gemäß den Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) dafür zu sorgen, daß das Getreide innerhalb zweier Wochen abgenommen wird.

Die im § 20 der Verordnung vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) begründete Verpflichtung der Reichsgetreidekette, das ihr zur Verfügung gestellte Brotgetreide abzunehmen, bleibt hiervon unberührt.

§ 2. Die Reichsgetreidekette, die Kommunalverbände, die Deeresverwaltungen und die Marineverwaltung haben für das inländische Brotgetreide, das sie nach dem 31. Dezember 1915 und vor dem 15. Januar 1916 erworben haben, zwölf Mark fünfzig Pfennig, und für inländisches Brotgetreide, das sie vom 15. Januar an bis zum 17. Januar 1916 ausschließlich erworben haben, elf Mark für die Tonne nachzuschaffen. Der Empfänger der Nachzahlung hat, wenn er nicht zugleich der Getreideerzeuger ist, den Betrag an den Getreideerzeuger weiterzuschaffen, soweit dieser das Getreide nach dem 31. Dezember 1915 geliefert hat.

Der Höchstpreis, der für Brotgetreide in der zweiten Hälfte des Monats März gilt, kann auf Antrag von den in Absatz 1 genannten Stellen für Brotgetreide, das bis zum 31. März 1916 zur Verfügung gestellt, aber nicht abgeliefert ist (§ 1), ausnahmsweise auch dann gezahlt werden, wenn es nicht vor dem 1. April 1916 hat abgeliefert werden können aus Gründen, die der Besitzer nicht zu vertreten hat und die außerhalb seines Betriebes liegen. Die Nachzahlung darf nur erfolgen, wenn das Getreide bis zum 15. April 1916 abgeliefert und der Antrag bis zum 5. April 1916 gestellt worden ist.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Berlin, den 17. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
F e l b r ü c k.

XVIII. Armeekorps

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b T. Nr. 554/4. gefh.

Frankfurt a. M., den 15. Januar 1916.

Betr.: Unbefugte Herstellung von Dienstiegeln.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes vom 4. 6. 1851 bestimme ich für den mir unterstellten Korpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Befehlsbereich der Festung Mainz:

Wer es unternimmt, ohne schriftlichen, mit Siegel- oder Stempelabdruck versehenen und ordnungsmäßig unterschriebenen Auftrag einer Militärbehörde

1. Siegel oder Stempel mit auf Militärbehörden bezüglichen Aufschriften,
2. Vordrucke zu Militärurlaubsscheinen,
3. Vordrucke zu Militärfahrtscheinen

anzufertigen, oder bereits angefertigte Gegenstände dieser Art oder Abdrucke der zu 1. genannten Siegel oder Stempel anvertraut der dienstlichen Zuständigkeit an einen Anderen als die Behörde entgeltlich oder unentgeltlich zu verabsorgen, wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe vermerkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, oder beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Betr.: Ankauf von Dachkupfer usw.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden
des Kreises.

Die nachstehende Bekanntmachung wollen Sie alsbald in orts-
üblicher Weise veröffentlichen.

Gießen, den 25. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. H i n n e r.

Stellvertretendes Generalkommando

des XVIII. Armeekorps

Abt. II c/B Tgb. Nr. 159.

Bekanntmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird hiermit unter-
sagt, bis auf weiteres Kupferbleche, die zum Bedecken
von Dächern geeignet sind, und kupferne Dach-
rinnen, sowie Abfälle davon anzukaufen.

Imwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden, soweit nicht
nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen vermerkt sind,
nach § 9 Riffer „b“ des Gesetzes über den Belagerungszustand vom
4. Juni 1851 bestraft.

Frankfurt (Main), den 22. Januar 1916.

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der
im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand
der Maul- und Klauenseuche vom 15. ds. Mts. als versucht zu
gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Die-
burg, Erbach, Offenbach, Gießen, Büdingen, Friedberg, Schotten,
Mainz, Bingen, Oppenheim, Worms.

2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme von Lübeck
in Oldenburg, Wickenfeld, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-
Sontheim, Reuß a. L., Reuß i. L., Schaumburg-Lippe.

Gießen, den 24. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: H e m m e r d e.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Kreise
Friedberg.

In der Gemeinde Massenheim wurde die Maul- und
Klauenseuche festgestellt. Gemarlungssperre ist angeordnet.

Gießen, den 25. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: H e m m e r d e.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Fuhrwerkswege zu Vollar.

Nachstehend abgedruckte Ortsatzung nebst Gebührentarif wer-
den hiermit veröffentlicht.

Gießen, den 26. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: H e m m e r d e.

Ortsatzung

über die Benutzung der Gemeindefuhrwerkswege zu Vollar.

Mit Genehmigung Großh. Ministeriums des Innern vom
6. Januar 1916 zu Nr. M. d. Z. 20 063/15 und unter Zu-
stimmung des Kreisaußschusses des Kreises Gießen und der Ge-
meindevertretung der Gemeinde Vollar wird wegen Benutzung der
Gemeindefuhrwerkswege zu Vollar auf Grund des Artikel 15 der
Landgemeindeordnung bestimmt:

§ 1.

Alle zur Verwiegung kommenden Gegenstände sollen durch
einen vereidigten Wiegenmeister oder dessen Stellvertreter gewogen
werden. Außer diesen hat niemand das Recht, auf der Waage zu
wiegen. In dringenden Fällen kann jedoch in Anwesenheit des
Bürgermeisters durch eine andere Person oder durch den Bürger-
meister selbst gewogen werden.

§ 2.

Der Wiegenmeister oder dessen Stellvertreter haben der Auf-
forderung zum Wiegen, im Falle rechtzeitiger Benachrichtigung,
alsbald Folge zu leisten. Wenn dieselben der Aufforderung zum
Wiegen nicht entsprechen, ist Beschwerde an die Großh. Bürger-
meisterei zu richten, welche nötigenfalls Großh. Kreisamt Anzeige
zu erstatten hat.

§ 3.

Der Wiegenmeister oder dessen Stellvertreter haben über die
von ihnen besorgten Geschäfte ein Tagebuch zu führen, in welchem
unter fortlaufenden Nummern anzugeben ist:

- a) Art des Wiegegeschäfts,
- b) Datum der Verwiegung,
- c) Name des Verkäufers und Käufers,
- d) Art der gewogenen Gegenstände,
- e) Gewicht derselben,
- f) Betrag der erhobenen Wiegegebühren.

§ 4.

Der Wiegenmeister hat dem Verkäufer oder Käufer einen
dem Tagebucheintrag gleichlautenden Wiegeschein, auf dem das
Gewicht und der erhobene Gebührentbetrag angegeben ist, auszu-
stellen.

§ 5.

Am Schlusse eines jeden Vierteljahres hat der Wiegenmeister
das Tagebuch abzuschließen und dem Bürgermeister zur Prüfung
vorzulegen. Dieser weist die erhobenen Wiegegebühren dem Ge-
meinderath in Einnahme an, welche dann von dem Wiegenmeister
an die Gemeindekasse bezahlt werden müssen.

§ 6.

Der Wiegenmeister und dessen Stellvertreter werden vom Ge-
meinderath auf Widerruf ernannt und vom Großh. Kreisamt ver-
pflichtet. Dieselben unterliegen als Gemeindebeamte den für solche
geltenden Disziplinarvorschriften.

§ 7.

Vorstehende Satzung tritt am 1. Februar 1916 in Kraft.

Vollar, am 24. Januar 1916.

Großherzogliche Bürgermeisterei Vollar.

S c h m i d t.

Gebühren-Tarif

gemäß Artikel 187 der Landgemeindeordnung, genehmigt durch
Verfügung Großh. Ministeriums des Innern zu Nr. 20 063/15

vom 6. Januar 1916 für sämtliche zur Verwiegung kommenden Gegenstände für den Zentner 2 Pfennig.

Beim Verwiegen von Wagonladungen
für 100 Zentner Mf. 1.50
" 200 " " 3.—
" 300 " " 4.—

Bekanntmachung.

Betr.: Ausnahmen von § 139 c und 139 e Abs. 1 der Gewerbeordnung.

Als Ausnahmetage im Sinne der §§ 139 d Ziffer 3 und 139 e Abs. 2, Ziffer 2 der Gewerbeordnung werden für alle offenen Verkaufsstellen bestimmt:

1. zwei Wochentage vor Ostern, 22. und 23. April d. J.
 2. ein Wochentag vor Simmelfahrt, 31. Mai d. J.
 3. zwei Wochentage vor Pfingsten, 9. und 10. Juni d. J.
 4. zwölf Wochentage vor Weihnachten, vom 11. bis einschließlich 16. und vom 18. bis einschließlich 23. Dezember d. J.
 5. ein Wochentag vor Neujahr, 31. Dezember d. J.
- An diesen Tagen dürfen sämtliche offenen Verkaufsstellen in hiesiger Stadt für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben und finden die Bestimmungen über die Mindestruhezeit und Mittagspausen der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen keine Anwendung.

Gießen, den 20. Januar 1916.
Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Mohrverbaht unter dem Pferdebestand des Pferdehändlers A. Frensdorf zu Gießen.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß sich Mohrverbaht nicht bestätigt hat. Die Gehöftsperte wird hiermit aufgehoben.

Gießen, den 26. Januar 1916.
Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Langgöns; hier: Pachtentschädigungen. In der Zeit vom 5. bis einschließlich 12. Februar l. J. liegt auf Großh. Bürgermeisterei Langgöns

1. das Verzeichnis über die Zurückvergütung von Pachtentschädigungen infolge der Wiederbenutzung des verschleiften alten Heerweges als Zufahrtsweg in Flur 27, für das Erntejahr 1915,
2. das Verzeichnis der Pachtentschädigungen über die Verschleifung des alten Mühlgrabens in der Flur 3, sowie über die neuen Gräben in den Egelwiesen Flur 10 und 18, für das Erntejahr 1915,
3. das Verzeichnis der Pachtentschädigungen infolge Verschleifung des Felsweges und des Kreuzweges für das Erntejahr 1915

zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses innerhalb der oben angegebenen Offenlegungsfrist bei Großh. Bürgermeisterei Langgöns schriftlich einzureichen und zu begründen.

Friedberg, den 21. Januar 1916.
Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:
Schmittmann, Regierungsrat.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

Jan.	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Wind- richtung	Windstärke	Grad der Bewölkung in Prozent der Höhenhimmels- höhe	Wetter
1916								
27. 2 ^h	—	9,2	6,8	78	—	—	10	Bed. Himmel
27. 9 ^h	—	7,4	7,4	96	—	—	10	Regen
28. 7 ^h	—	6,0	6,9	99	—	—	9	Wew. Himmel

Höchste Temperatur am 26. bis 27. Jan. 1916 = + 9,3° C.
Niedrigste " 26. " 27. " 1916 = + 3,1° C.
Niederschlag: 0,4 mm.

Witterungsbericht.

(Öffentlicher Wetterdienst.)

Die Wetterlage, unter deren Einfluss wir am Ende der vorigen Woche standen, hat sich in dieser Berichtswoche — 19. Januar bis 25. Januar — im allgemeinen nur wenig verändert. Fast die

ganze Woche hindurch lagen wir auf der Grenze zwischen einem ausgedehnten Tiefdruckgebiet im Westen und Norden und einem Hochdruckgebiet im Süden und Südosten. Die Folge davon war, daß das unbeständige Wetter anhielt; es fielen am Anfang der Woche fast täglich Niederschläge, wenn auch oft nur ganz geringe, und die Temperaturen waren immer noch ungewöhnlich hoch. So betrug das Tagesmittel in Gießen in den ersten Tagen dieser Woche ungefähr 6 Grad über Null, ja am Samstag den 22. Jan. war es sogar auf 9,5 Grad über Null gestiegen. Doch schon in der Nacht zum Sonntag kamen wir auf die Rückseite eines nach Osten abziehenden Ausläufers des nördlichen Tiefdruckgebiets, so daß sich der südwestliche hohe Druck nach Osten bis Mitteldeutschland hin ausdehnen konnte. Unter seinem Einfluß klärte sich der Himmel auf, die Temperaturen sanken schnell und zwar in Gießen von 9 Grad über Null am Samstag abend auf 1 Grad über Null am Sonntag früh und in der Nacht von Sonntag zu Montag sogar auf 3 Grad unter Null. Ein neuer Ausläufer des nördlichen Tiefdruckgebiets beeinflusste, jedoch auf seinem Zuge nach Osten, bereits am Montag wieder unsere Wetterlage; bei zunehmender Bewölkung stiegen die Temperaturen wieder allmählich an (das Tagesminimum von Montag auf Dienstag war bereits wieder auf 2 Grad über Null in Gießen gestiegen), und stellenweise fielen bereits wieder leichte Niederschläge. Wir liegen aber immer noch an der Grenze zwischen einem Hochdruckgebiet und einem Tiefdruckgebiet, so daß wir vorläufig noch mit unbeständigem Wetter zu rechnen haben.

Gießen, den 25. Januar 1916.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

2. Woche. Vom 9. bis 15. Januar 1916.
Einwohnerzahl: angenommen zu 32 970 (inkl. 1830 Mann Militär).
Sterblichkeitsziffer: 34,76 ‰.

Nach Abzug von 14 Ortsfremden: 12,65 ‰.

Es starben an	Zahl	Er- wachsene	im 1. Lebens- jahr	Kindern vom 2. bis 16. Jahr
Lebensschwäche	1	—	1	—
Altersschwäche	1 (1)	1 (1)	—	—
Krupp	2 (2)	—	—	2 (2)
Wundinfektion	1 (1)	1 (1)	—	—
Lungentuberkulose	4 (3)	3 (3)	—	1
Tuberkulose anderer Organe	2 (1)	1	—	1 (1)
Krankheiten des Herzens	3 (1)	3 (1)	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	1 (1)	1 (1)	—	—
anderen Krankheiten der Ver- dauungsorgane	2 (2)	2 (2)	—	—
Krankheiten der Harnorgane	3 (1)	3 (1)	—	—
Krebs	1 (1)	1 (1)	—	—
Verunglückung durch Ver- brüfung	1	—	—	1
Summa:	22 (14)	16 (11)	1	5 (3)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Markte.

1c. Frankfurt a. M. Viechhofmarktbericht vom 27. Jan.
Auftrieb: Rinder 947 (darunter Ochsen 122, Bullen 5, Kühe und Järlen 820), Kälber 618, Schafe 183, Schweine 329.

Marktverlauf: Der Markt wird bei flotten Handel geräumt.

Preise für 100 Bb.
Lebend- Schlach-
gewicht.

Kälber.	Mt.	Mt.
Reinste Mastkälber	106—110	177—183
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	100—105	166—175
Geringere Mast- und gute Saugkälber	94—100	159—170
Schafe.	Mt.	Mt.
Weidenastschafe.		
Mastlamm und jüngere Mastlamm	83—87	180—190
Geringere Mastlamm und Schafe	78—80	170—80
Mäßig genährte Lamm u. Schafe (Mergelschafe)	63—80	150—80
Schweine.	Mt.	Mt.
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	108.00—00.00	—
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	98.00—00.00	—
Vollfleischige Schweine von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	118.00—118.50	—
Vollfleischige Schweine von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	129.00—129.50	—

1c. Wiesbaden, 27. Jan. Getr. und Strohmarkt.
Man notierte: Getr. 7,70—8,00 Mt., Stroh (Nichtstroh) 4,30 bis 0,00 Markt. Alles per 50 Kilo und einschließlich Fuhrlohn. —
Fruchtmarkt. Reinerlei Angebot.